Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2565**

16. Wahlperiode 11. 09. 2006

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Behm, Undine Kurth (Quedlinburg), Ulrike Höfken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/1151 –

UN-Moratorium für die Grundschleppnetzfischerei auf der Hohen See durchsetzen

A. Problem

Von allen legalen Fischereimethoden auf der Hohen See gilt die Schleppnetzfischerei als die schädlichste, da die mit schweren Eisenplatten und Vorlaufketten bestückten Netze alles, was ihnen in den Weg kommt, in Stücke reißen oder zermalmen. So zerstören sie einzigartige Ökosysteme bereits durch einen einzigen Fischzug. Da die Entwicklung der Branche erst am Anfang steht, ist zu erwarten, dass der Umfang der zerstörerischen Grundschleppnetzfischerei in der Tiefsee noch erheblich zunehmen wird.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich in internationalen Gremien vehement für ein kurzfristig zu erlassendes weltweites UN-Moratorium der Grundschleppnetzfischerei auf der Hohen See, für die Entwicklung eines effektiven Fischereimanagements für die Hohe See und für die Einrichtung von Schutzgebieten auf der Hohen See einzusetzen, um den Schutz der seltenen Tiefsee-Ökosysteme und ihre Artenvielfalt zu garantieren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/1151 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/1151.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/1151 abzulehnen.

Berlin, den 28. Juni 2006

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken Vorsitzende	**Franz-Josef Holzenkamp** Berichterstatter	**Holger Ortel** Berichterstatter	**Dr. Christel Happach-Kasan** Berichterstatterin
	Dr. Kirsten Tackmann Berichterstatterin	**Cornelia Behm** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Franz-Josef Holzenkamp, Holger Ortel, Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Kirsten Tackmann und Cornelia Behm

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/1151** in seiner 37. Sitzung am 1. Juni 2006 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Durch die Schleppnetzfischerei werden einzigartige Ökosysteme durch einen einzigen Fischzug zerstört. Neben den Zielfischen werden große Mengen an weiteren Tierarten als Beifang gefangen, die meist tot auf See entsorgt werden. Es muss befürchtet werden, dass durch diese legale Fischereimethode sensible Fischbestände in der Tiefsee dauerhaft geschädigt, die Artenvielfalt reduziert und eine Regeneration, wenn überhaupt allenfalls in Jahrzehnten oder Jahrhunderten möglich ist. Dies ist Raubbau und das Gegenteil einer nachhaltigen Nutzung dieser Fischbestände.

Die Bundesregierung soll deshalb aufgefordert werden, sich in internationalen Gremien vehement für ein kurzfristig zu erlassendes weltweites UN-Moratorium der Grundschleppnetzfischerei auf der Hohen See, für die Entwicklung eines effektiven Fischereimanagements für die Hohe See und für die Einrichtung von Schutzgebieten auf der Hohen See einzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 16/1151 in seiner 14. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/1151 in seiner 16. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 16/1151 in seiner 16. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 16/1151 in seiner 14. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und empfiehlt die Ablehnung mt den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage in seiner 21. Sitzung abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/1151 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU** und **SPD** wiesen darauf hin, dass es sich um die Grundschleppnetzfischerei in der Tiefsee handele und es auch noch andere Grundschleppnetzfischereien in den Küstenzonen gebe, die hier nicht gemeint seien. Aber auch auf Hoher See sei zwischen sensiblen Habitaten und anderen Bereichen zu differenzieren. So gebe es im Nordatlantik schon Schutzbereiche und es werde bereits an einem Memorandum gearbeitet. Obwohl der Antrag in die richtige Richtung gehe, hätte die Begründung des Antrags fast ein totales Verbot dieser Fischerei zur Folge, was man so nicht wolle. Deshalb lehne man den Antrag ab.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kündigte Unterstützung des Antrags an, da man das Problem im Auge behalten müsse. Sie würde es jedoch begrüßen, wenn die Regierung noch über den Antrag hinausgehend tätig werden würde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, der Gesetzentwurf sei notwendig, weil diese Art der Fischerei alles andere als nachhaltig sei und auf Dauer angelegt, sei sie Raubbau. Die Tiefseeökosysteme seien zu wenig erforscht und nicht nur wegen ihrer Vielfalt erhaltenswert. Deshalb sei ein effektives Fischereimanagement und die Einrichtung von Schutzgebieten auf der Hohen See sehr wichtig, was ein UN-Moratorium der Grundschleppnetzfischerei auf der Hohen See voraussetze. Daher fordere man die Bundesregierung auf, sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen.

Berlin, den 28. Juni 2006

Franz-Josef Holzenkamp
Berichterstatter

Holger Ortel
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Cornelia Behm
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333